

**Geschäftsführung  
Integrationsrat**

Herr Vetter

Telefon: (0221) 221-23195

Fax: (0221) 221-6523195

E-Mail: andreas.vetter@stadt-koeln.de

Datum: 16.12.2010

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Integrationsrates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 29.11.2010, 15:00 Uhr bis 17:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

**Anwesend waren:****Vorsitzender**

Herr Tayfun Keltek LDK

**Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates**

Herr Ahmed Altinova	KL
Herr Fevzi Bayrak	LB
Frau Lyudmyla Beysorina	Einheit
Herr Musa Cavus	Dein Köln
Frau Ebru Coban	KL
Herr Ali Esen	LB
Frau Antonella Giurano	Bunte
Frau Filiz Kalaman	LDK
Frau Yeliz Karadeli-Yasar	KL
Herr Turan Özkücük	LDK
Herr Tekin Parmaksiz	LDK
Herr Dimitri Rempel	Einheit
Frau Marion Schneider-Meyer	Integration Colonia
Herr Fatih Turan	KIM
Frau Suzan Ugursoy	INTERFAMILIA
Herr Ilhan Uzun	Mevlana

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Malik Karaman	SPD
Frau Gonca Mucuk-Edis	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Herr Henk Benthem van	CDU

Herr Helmut Jung	CDU
Herr Efkana Kara	CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Stefan Peil	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP Fraktion
Herr Jörg Uckermann	pro Köln
Frau Sengül Senol	DIE LINKE

### **Verwaltung**

Frau Ina-Beate Fohlmeister  
Frau Dr. Beate Blüggel  
Frau Dagmar Dahmen  
Herr Andreas Vetter

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Direkt gewählte Mitglieder des Integrationsrates**

Herr Özkan Aksoy	Aksoy	
Herr Hasan Ates	KL	entschuldigt
Frau Barbara Brunelli	GOL	entschuldigt
Herr Serkan Kirli	Mevlana	entschuldigt
Frau Minu Nikpay	KÖBES	entschuldigt

Der Vorsitzende Herr Keltek schlägt eine Sondersitzung des Integrationsrates zur Behandlung der Tischvorlage ‚Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren‘ am 13.12. um 14:00 Uhr vor. Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister verweist darauf, dass aufgrund der erst vor drei Wochen zurückliegenden letzten Sitzung, die vorliegenden Anfragen nur teilweise schriftlich beantwortet werden konnten.

Der Vorsitzende Herr Keltek stellt die aktualisierte Tagesordnung (Tischvorlage) vor. Ergänzend aufgenommen werden

- unter TOP 7.1 der Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum ‚Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘,
- unter TOP 2.1 der gewünschte mündliche Bericht von der Verwaltung / Herrn Schleicher und eine Anfrage der CDU-Fraktion zu Flüchtlingen,
- unter TOP 3.1 – 3.6 verschiedene Anfragen,
- die Beantwortung zu TOP 3.1 als Tischvorlage unter TOP 2.2,
- unter TOP 5.1 ein Antrag.
- Zu TOP 7.1 wurde seitens der Verwaltung per Mail eine tabellarische Darstellung der Beratung in den Ausschüssen zugemailt,
- TOP 7.2 ist eine Mitteilung und wird unter TOP 4.6 behandelt.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit - Regionale Arbeitsstelle (RAA) Fr. Dr. Blüggel

#### 1 Aktuelle Themen

#### 2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 2.1. Bericht des Wohnungsversorgungsbetriebes Herr Schleicher zur Unterbringungssituation von Flüchtlingen - Anfrage aus der Sitzung am 09.09.10

Wohnverhältnisse in Flüchtlingsunterkünften  
AN/2208/2010

- 2.2 Einbürgerung in den deutschen Staatsverband  
4965/2010

- 2.3 Mündliche Beantwortung der Anfrage von Frau Schmerbach zum Sachstand Integrationslotsen durch die Verwaltung/ Frau Fohlmeister

#### 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates

- 3.1 Anfrage der Liste Interfamilia zu Einbürgerungstests  
AN/2125/2010

- 3.2 Anfrage der Liste Interfamilia zu einem Merkblatt "Einbürgerung in den dt. Staatsverband"  
AN/2124/2010

- 3.3 Anfrage zu Aktivitäten zum 50. Jahrestag der Arbeitsmigration aus der Türkei in 2011  
AN/2138/2010

- 3.4 Anfrage zur 'Interkulturellen Schule als Regelschule'  
AN/2137/2010

- 3.5 Leerstehende Räume im Besitz der Stadt Köln  
AN/2188/2010

- 3.6 Förderung von Hausaufgabengruppen - Organisationen  
AN/2189/2010

#### **4 Mitteilungen**

- 4.1 Mitteilung zum Kosovoerlass  
4558/2010
- 4.2 Praxisbericht zu den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsförderung in  
Kita und Jugendarbeit  
4247/2010
- 4.3 Schule für Europa  
3786/2010
- 4.4 Aufnahme von Flüchtlingen  
4554/2010
- 4.5 Neue Kindertageseinrichtung im Bereich der ehemaligen CFK in Köln-Kalk  
4794/2010

#### **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

- 5.1 Änderung von Vorschriften zur Abberufung der vom Rat entsandten Mitglieder  
im Integrationsrat  
AN/2114/2010

#### **6 Berichte**

- 6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen
- 6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)

#### **7 Beschlussvorlagen**

- 7.1. Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - Schlussberatung  
1346/2010  
  
Konzept zur Stärkung der Integrativen Stadtgesellschaft  
AN/2270/2010
- 7.2 Teilzeit-Qualifizierungsprojekt für Alleinerziehende und Projekt "Integration  
von Jugendlichen mit Migrationshintergrund"  
3789/2010
- 7.3 Köln - Stadt der Vielfalt  
Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen  
Diversity-Konzeptes  
3130/2010

- 7.4 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010  
4916/2010
- 8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**
- 9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

## I. Öffentlicher Teil

### **Vorstellung einer Institution / eines Trägers der Integrationsarbeit - Regionale Arbeitsstelle (RAA) Fr. Dr. Blüggel**

Fr. Dr. Blüggel und Herr Basar stellen die RAA vor. Der Vortrag ist in schriftlicher Form dem Protokoll angefügt.

#### **1 Aktuelle Themen**

#### **2 Beantwortung von Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

##### **2.1 Bericht des Wohnungsversorgungsbetriebes Herr Schleicher zur Unterbringungssituation von Flüchtlingen - Anfrage aus der Sitzung am 09.09.10**

Als Tischvorlage wurde seitens des Wohnungsversorgungsbetriebes eine synoptische Gegenüberstellung der Aussagen eines Artikels von Kirsten Boldt im Kölner Stadt Anzeiger vom 24.11.10 „15 Tage nicht mehr geduscht“ und den Erklärungen sowie Richtigstellungen der dort gemachten Aussagen durch den Wohnungsversorgungsbetrieb, verteilt.

Die Verwaltung Herr Schleicher (Leiter des Wohnungsversorgungsbetriebes) verweist auf die verteilte synoptische Gegenüberstellung und beschreibt die aktuelle Situation wie folgt:

- Seit 8 Jahren liegt die Zahl der untergebrachten Flüchtlinge in Köln konstant bei 4.500 Personen.
- Im Jahr 2006 hat der Rat ein Konzept zur Aufgabe der Wohnheime und der Unterbringung von Flüchtlingen in regulären Wohnungen beschlossen.
- Knapp 3.000 Personen mit einer möglichen Perspektive auf einen längerfristigeren Aufenthalt, konnten aus den Flüchtlingswohnheimen herausgenommen und mit ‚regulären Wohnungen‘ versorgt werden; von vormals 60 Wohnheimen wurden 30 Wohnheime aufgegeben.
- Eine weitgehend statische Gruppe von insgesamt 1.500 Personen lebt weiterhin in Flüchtlingswohnheimen.
- Eine Unterbringung in ‚regulären Wohnungen‘ ist aus seiner Sicht die einzig richtige Art der Flüchtlingsunterbringung. Über ein vom Wohnungsamt betriebenes Umbauprogramm, wird diese Art der Unterbringung aktiv begleitet.
- Keines der verbliebenen Wohnheime kann baulich dauerhaft bewohnbar erhalten werden. Eine kurzfristige Herausnahme bzw. Vermittlung auf dem Mietwohnungsmarkt ist nicht möglich; auch über Makler sind keine Alternativen auf dem Kölner Markt zu finden.
- Die Schnelligkeit des Verfalls der Wohnheime wurde seitens der Verwaltung falsch eingeschätzt.
- Die Stadt Köln muss aktuell wieder Flüchtlinge, unerlaubt eingereiste Personen gemäß der Zuweisungsquote, sowie so genannte ‚Altfälle‘ aufnehmen.

RM Herrn Helling fragt nach, ob für die Wohnungsvermittlung der ‚schwierigeren‘ 1.500 Menschen genug getan worden sei, und ob nicht bereits früher der Verfall der Wohnheime bei gleichzeitiger Stagnation der Auszüge absehbar gewesen wäre und frühzeitiger Alternativen hätten gesucht werden müssen.

RM Frau Schmerbach erkundigt sich nach den Sofortmassnahmen zur Verbesserung der Gesamtsituation und ob nicht überlegt werden kann ‚Übersoll-Flüchtlingswohnheime‘ vorzusehen.

RM Herr Jung fordert eine schnelle Abhilfe und schlägt vor, die Erfolge einer Verbesserung der Situation dann zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal zu nachzuhalten.

Herr Prölß macht auf die bundesweit ansteigende Zahl von aufzunehmenden Asylsuchenden und unerlaubt eingereisten Personen aufmerksam. Er schlägt die Bildung einer Art ‚Task-Force‘ über den ‚Runden Tisch für Flüchtlingsfragen‘ vor, fordert Sofortmassnahmen und kritisiert, dass den Flüchtlingen kein warmes Essen zur Verfügung gestellt wird.

Die Verwaltung Herr Schleicher beschreibt, dass die Thematik „Warmes Essen“ lediglich die Flüchtlinge betrifft, welche nach Köln einreisen und anschließend kurzfristig in andere Kommunen umverteilt werden. Eine Herrichtung der Möglichkeit einer Ausgabe von warmem Essen an diese Personen würde einmalig 140.000,- € kosten. Solche Massnahmen sind nur mit Unterstützung weiterer städtischer Dienststellen umzusetzen.

Herr Schleicher weist darauf hin, dass seinerseits regelmäßig auf den zusätzlichen Bedarf an Wohnraum hingewiesen wurde; er führt aus, dass auch in den vergangenen Jahren ständig in den baulichen Zustand der Wohnheime investiert wurde. Er teilt mit, dass eine verwaltungsinterne ‚Task-Force‘ kurzfristig ihre Arbeit aufnehmen wird.

Konkret auf die schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion eingehend erläutert Herr Schleicher, dass insgesamt 36 Personen (städtisches und nichtstädtisches Personal) für die Betreuung der Flüchtlinge zuständig sind.

RM Herr Jung äußert seine Betroffenheit über die hohe Zahl von Personen, welche kein warmes Essen erhalten und führt beispielhaft die Einsparmöglichkeit von 156.000,- € im Haushaltsjahr bei einer regelmäßigen Ausschaltung der städtischen Computer über Nacht, als Kostendeckung an. Herr Jung erklärt seine Unterstützung, bei der gemeinsamen Suche mit der neuen Sozialdezernentin Frau Reker, nach Finanzierungsmöglichkeiten der Ausgabe von warmen Essen.

Auf konkrete Nachfrage von RM Frau Laufenberg erklärt Herr Schleicher, dass ausreichend Hygieneartikel ausgegeben werden.

RM Frau Mucuk weist auf eine durchschnittlich 14-tägige Aufenthaltszeit der vorübergehend in Köln unterzubringenden Menschen ohne warmes Essen hin. Auf Anregung von Frau Mucuk erklärt Herr Schleicher seine große Bereitschaft, Interessierten aus dem Integrationsrat die Wohnheime bei einer Rundfahrt vorzustellen.

Der Integrationsrat bestätigt auf Nachfrage von Herrn Schleicher ein Votum zur Einrichtung einer Verpflegungsmöglichkeit mit warmem Essen. Herr Schleicher kündigt an, entsprechende Gespräche zur Sicherung einer Finanzierung aufzunehmen.

## **Wohnverhältnisse in Flüchtlingsunterkünften AN/2208/2010**

### **2.2 Einbürgerung in den deutschen Staatsverband 4965/2010**

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage wird von den Mitgliedern des Integrationsrates ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

### **2.3 Mündliche Beantwortung der Anfrage von Frau Schmerbach zum Sachstand Integrationslotsen durch die Verwaltung/ Frau Fohlmeister**

Die Verwaltung Frau Fohlmeister beschreibt, dass zwischenzeitlich ein guter Überblick darüber bestehe, was innerhalb dieses Projektes konkret möglich sei. Eine entsprechende Kontaktaufnahme zur ARGE zur Planung einer weiteren Umsetzung des Projektes, sei allerdings - trotz vielfacher Versuche einen Abstimmungstermin durchzuführen - bislang nicht möglich gewesen.

## **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

### **3.1 Anfrage der Liste Interfamilia zu Einbürgerungstests AN/2125/2010**

Ergänzende Verständnisnachfragen des IRM Frau Ugursoy werden durch die Verwaltung Fr. Dr. Blüggel beantwortet.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

### **3.2 Anfrage der Liste Interfamilia zu einem Merkblatt "Einbürgerung in den dt. Staatsverband" AN/2124/2010**

Es liegt noch keine Beantwortung dieser Anfrage vor.

### **3.3 Anfrage zu Aktivitäten zum 50. Jahrestag der Arbeitsmigration aus der Türkei in 2011 AN/2138/2010**

Die Verwaltung Frau Fohlmeister teilt mit, dass bereits im Juni 2010 ein gemeinsames Gespräch mit dem türkischen Generalkonsulat zum 50. Jahrestag der Arbeitsmigration aus der Türkei stattgefunden habe. Im Herbst 2011 ist im Rathaus ein Festakt geplant; das Interkulturelle Referat koordiniert derzeit weitere Aktivitäten mit verschiedensten Trägern und Organisationen, u.a. auch unter Beteiligung der RAA.

IRM Herr Özkücük bittet, den Integrationsrat bei der inhaltlichen Gestaltung des städtischen Programms rechtzeitig miteinzubeziehen.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister sagt einen entsprechenden Bericht für die erste oder zweite Sitzung des Integrationsrates in 2011 zu.

### **3.4 Anfrage zur 'Interkulturellen Schule als Regelschule' AN/2137/2010**

Der Vorsitzende Herr Kelttek schlägt an Stelle einer schriftlichen Beantwortung vor, einen Experten der Bezirksregierung zum Thema ‚Interkulturelle Schule als Regelschule‘ einzuladen. Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.



**3.5 Leerstehende Räume im Besitz der Stadt Köln  
AN/2188/2010**

Es liegt noch keine Beantwortung dieser Anfrage vor.

**3.6 Förderung von Hausaufgabengruppen - Organisationen  
AN/2189/2010**

Es liegt noch keine Beantwortung dieser Anfrage vor.

**4 Mitteilungen**

**4.1 Mitteilung zum Kosovoerlass  
4558/2010**

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.2 Praxisbericht zu den Ergebnissen der Sport- und Gesundheitsförderung  
in Kita und Jugendarbeit  
4247/2010**

RM Frau Mucuk hatte im Jugendhilfeausschuss darum gebeten, diese Vorlage aufgrund ihrer allgemeinen Wichtigkeit, auch im Integrationsrat vorzulegen und lobt die Verwaltung für die dargestellten Maßnahmen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.3 Schule für Europa  
3786/2010**

RM Frau Schmerbach bittet die Verwaltung um einen Sachstand zur Einrichtung von bilingualen Kitas in den Stadtbezirken.

RM Frau Mucuk bittet ergänzend um Mitteilung zur geplanten finanziellen und personellen Ausstattung dieser bilingualen Kitas.

Der Vorsitzende Herr Keltek lobt diesen positiven Ansatz der Einrichtung bilingualer Kitas und bittet, insbesondere die Herkunftssprachen der Kinder angemessen zu berücksichtigen und nicht lediglich z.B. deutsch-englische Einrichtungen zu fördern.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**4.4 Aufnahme von Flüchtlingen  
4554/2010**

Auf Nachfrage von RM Frau Schmerbach erläutert die Verwaltung Frau Dahmen das ‚Kölner Aufnahmekontingent‘ von Flüchtlingen. Nach der so genannten Königsteiner Formel müssen 22% aller Flüchtlinge von NRW aufgenommen werden; für Köln gilt eine Schlüsselzahl von 5,15 der zu verteilenden Personen. Z.Z. liegt Köln um 57 Personen unter der Aufnahmequote von Flüchtlingen.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **4.5 Neue Kindertageseinrichtung im Bereich der ehemaligen CFK in Köln-Kalk 4794/2010**

RM Herr Helling bittet um Konkretisierung des vom neuen Einrichtungsträgers ISS geplanten Konzeptes einer mehrsprachigen Kindertagesstätte und fragt nach, inwieweit darunter ein bilinguales Konzept zu verstehen sei.

Der Vorsitzende Herr Keltek schlägt vor die Verwaltung zu bitten, den Kindern in dieser Einrichtung eine bilinguale Sprachförderung unter Einbeziehung einer der Herkunftssprachen (z.B. türkisch, russisch, italienisch) anzubieten.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung zur Kenntnis. Es wird angeregt, unter Berücksichtigung der räumlichen und personellen Situation, den Kindern in dieser Einrichtung eine bilinguale Sprachförderung unter Einbeziehung einer der Hauptherkunftssprachen (z.B. türkisch, russisch, italienisch) anzubieten.

Der Integrationsrat bittet die Verwaltung um Vorlage des konkreten Konzeptes für die geplante Einrichtung.

### **5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

#### **5.1 Änderung von Vorschriften zur Abberufung der vom Rat entsandten Mitglieder im Integrationsrat AN/2114/2010**

Die Verwaltung Frau Fohlmeister teilt mit, dass die Abberufung eines vom Rat entsandten Mitglieds aus dem Integrationsrat, aus kommunalverfassungsrechtlicher Sicht nicht möglich ist. Die Ersetzung eines gewählten Ausschussmitgliedes ist nur möglich, wenn die Mitgliedschaft freiwillig niedergelegt wird.

IRM Herr Özkücük begründet seinen Antrag und verweist darauf, dass in seinem Antrag auch das Land angesprochen werde. In Abänderung des Ursprungsantrages schlägt er vor, dass der Integrationsrat den Rat bitten soll, beim Land in dieser Sache vorstellig zu werden, um die Gemeindeordnung entsprechend zu ändern.

RM Herr Uckermann beschreibt seine Faszination über den Antrag, geht auf die rechtliche Situation ein und gibt eine Einschätzung der allgemeinen politischen Lage.

RM Herr Helling lehnt es ab, sich mit Inhalt und Stil der Belehrungen auseinander zu setzen und erkennt das Bemühen der Antragsteller an, die gestörte Arbeitsatmosphäre im Integrationsrat wiederherstellen zu wollen. Er beschreibt es jedoch als ausreichend, diese Auseinandersetzung mit der konsequenten Anwendung von Hauptsatzung und Geschäftsordnung zu führen.

RM Herr van Benthem bestätigt die Einlassungen seines Vorredners. Er bittet den Antragsteller um Rücknahme des Antrags.

IRM Herr Özküçük lehnt eine Rücknahme des Antrags ab. Er plädiert erneut für eine Änderung der Vorschriften im Sinne seines Antrags.

IRM Herr Uzun rät zu einer Anerkennung der demokratisch gewählten Zusammensetzung des Integrationsrates und verweist auch bei Problemen auf das Instrument der Geschäftsordnung.

RM Herr Uckermann gibt einige Anregungen und beschreibt die rechtliche Situation.

RM Herr Helling erläutert, dass nicht der Rat konkrete Personen für die Ausschüsse wählt, sondern jede Fraktion das Recht hat, bestimmte Personen als Ausschussmitglieder zu benennen. Der Rat entsendet dann entsprechend dem Verhältniswahlrecht diese Personen in die Ausschüsse bzw. den Integrationsrat. In dieser Weise von den Fraktionen benannte Personen können nur von den Fraktionen wieder abberufen werden. Die Änderung dieses fundamentalen Rechtes wäre ein gravierender Einschnitt in die demokratischen Gepflogenheiten und diese sollten nicht in Frage gestellt werden.

### **Beschluss:**

Die Annahme des Antrags ‚Änderung der Vorschriften zur Abberufung der vom Rat entsandten Mitglieder im Integrationsrat‘ wird abgelehnt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich abgelehnt mit vier Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen

## **6 Berichte**

### **6.1 Berichte der sachkundigen Einwohner/innen in Ratsausschüssen**

IRM Herr Özküçük berichtet als vom Integrationsrat entsandtes Mitglied der ‚Ausländerrechtlichen Beratungskommission‘ (ABK).

In der konstituierenden Sitzung der ABK wurde Frau Domke (Diakonisches Werk) zur Vorsitzenden und Frau Kuntze (Caritasverband) als vertretende Vorsitzende gewählt. Die Geschäftsführung erfolgt weiterhin durch die Ausländerbehörde. Herr Özküçük ist als Berichterstatter für den Integrationsrat benannt.

In der Sitzung der ABK wurden drei Einzelfälle behandelt; in zwei Fällen konnte die Kommission Abhilfe empfehlen – im dritten Fall war der Rechtsweg noch nicht ausgeschöpft.

### **6.2 Bericht des Landesintegrationsrates (LAGA NRW)**

Der Vorsitzende Herr Keltek berichtet von der Bitte des Vorstandes des Landesintegrationsrates an die Integrationsräte, einen Brief an den Integrationsminister Schneider zu verfassen, in dem angeregt wird, im neuen Landesintegrationsgesetz die Kompetenzen des Gremiums ‚Integrationsrat‘ zu verbessern.

## **7 Beschlussvorlagen**

### **7.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft - Schlussberatung**

**1346/2010**

Der Vorsitzende Herr Keltek führt aus, dass der Integrationsrat in seinen Sitzungen am 09.09.10 und 28.10.10 das Konzept erstmalig beraten hat; anschließend wurde es in die weiteren Fachausschüsse zur Beratung gegeben. Das Konzept mit den Be-

schlüssen der Fachausschüsse ist jetzt erneut auf der Tagesordnung, damit der Integrationsrat ein fachlich abschließendes Votum an den Rat zu dessen Sitzung am 14.12. geben kann. Der Rat der Stadt Köln wird dann abschließend entscheiden.

RM Herr Helling weist bezüglich des vorliegenden Änderungsantrages darauf hin, dass unter Punkt B/4 das Kapitel ‚Steuerung‘ (Kapitel 7 des Konzeptes) gestrichen wird. Er führt aus, dass dem Thema ‚Steuerung‘ eine eminent wichtige Aufgabe bei der Umsetzung des Konzeptes zukommt. Eine grobe Vorgabe zu den Kernelementen von ‚Steuerung‘ wird im Änderungsantrag unter A/1 gemacht: „Hierfür wird eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe, bestehend aus Vertretern des Interkulturellen Referates und je einem Verantwortlichen der Dezernate, eingerichtet werden. Darüber hinaus sollte der Sachverstand des Integrationsrates sowie externer Experten in den Steuerungsprozess einbezogen werden können.“

Herr Helling bittet die Verwaltung um Überarbeitung dieser Thematik bis zur Ratssitzung am 14.12.10. Er geht davon aus, dass die geplante Steuerungsgruppe innerhalb der Verwaltung eine extreme Querschnittsfunktion haben muss und bittet deshalb, dass bei der Konzeption der Steuerungsgruppe trennscharfe Aussagen gemacht werden zu den konkreten Aufgaben, dem Tagungsrythmus, den Kompetenzen und wem gegenüber seitens der Steuerungsgruppe eine Berichtspflicht besteht. Darüber hinaus soll seitens der Verwaltung dargestellt werden, wie und in welchen Zeiträumen der Prozess der Kennzahlenentwicklung usw. stattfinden soll.

Herr Helling fasst die beiden Kerne des Änderungsantrages folgendermaßen zusammen:

1. Abtrennung des Maßnahmenprogramms und Vorlage im Sommer 2011 an den Integrationsrat – zu diesem Zeitpunkt wird die Frage der Finanzierung auftreten.
2. Neue Formulierung der Steuerungsaufgaben.

IRM Herr Özkücük bittet um eine klarere Formulierung im Änderungsantrag unter A/2. Er plädiert darüber hinaus für die Formulierung von Eckpunkten zum Maßnahmenprogramm zur Stärkung einer Qualität an Stelle von Quantität der Maßnahmen.

RM Frau Mucuk bittet um Änderung auf Seite 39 des Konzeptes bei der 1. Handlungsempfehlung in: ‚Die Stadt Köln lädt Migrantenselbstorganisationen *und Jugendverbände von Migrantenselbstorganisationen* verstärkt zur Mitarbeit bei Runden Tischen und im Rahmen von Sozialraum- und Stadtteilkonferenzen ein“.

RM Herr Jung teilt mit, dass sich die CDU unter der Maßgabe, dass das Maßnahmenprogramm tatsächlich vom ‚Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ abgekoppelt wird und zu einem späteren Zeitpunkt über die definitive Finanzierung geredet wird, der Beschlussvorlage - wie mehrheitlich im Stadtentwicklungsausschuss beschlossen - an.

IRM Herr Özkücük trägt einige Änderungswünsche zum Änderungsantrag A/1, sowie Gedanken zur Stärkung der Stellung des Interkulturellen Referates innerhalb der Stadtverwaltung vor.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister sieht faktische Umsetzungsschwierigkeiten bei der von Herrn Özkücük gewünschten Komplettüberarbeitung des Maßnahmenprogramms, zumal dieses nicht losgelöst vom Konzept zu sehen ist, sondern als Umsetzung der Handlungsempfehlungen angesehen werden muss.

RM Herr Helling sieht keine Möglichkeit einer Aufnahme der von Herrn Özkücük angelegten Formulierung von Leitlinien für die Erstellung des Maßnahmenprogramms seitens des Integrationsrates. Herr Helling beschreibt sein Verständnis eines Maßnahmenprogramms als konkrete Ankündigung der Verwaltung über die in einem festgelegten Zeitraum zur Umsetzung geplanten Maßnahmen. Das Maßnahmenprogramm muss nicht nur Aussagen über den Finanzbedarf, sondern auch über die Prioritäten (in Rückkoppelung mit den zur Verfügung stehenden Finanzen) machen. Eine Debatte über die konkrete Prioritätsetzung wird bei der ersten Vorlage des Maßnahmenprogramms im Integrationsrat erfolgen. Zum jetzigen Zeitpunkt können daher aus seiner

Sicht noch keine Leitlinien formuliert werden.

RM Frau Schmerbach regt an, das Konzept zu verabschieden. Sie schlägt den Austausch des Wortes ‚überarbeitet‘ gegen ‚erarbeitet‘ vor.

Der Vorsitzende Herr Keltek entscheidet auf Anregung von Herr Pröbß die von der Verwaltung überarbeitete Thematik ‚Steuerung‘ (Kapitel 7 des Konzeptes) ebenfalls in der Sondersitzung des Integrationsrates am 13.12.10 zu beraten.

Die Verwaltung Frau Fohlmeister erklärt, dass die jetzt besprochenen Überarbeitungen ausgeführt werden; sie verweist allerdings gleichzeitig auf die auch in Zukunft begrenzten personellen Ressourcen.

---

In der Sitzung am 09.09.10 hat der Integrationsrat Änderungsvorschläge

- zur Beratungsfolge und
  - zum Text des Beschlussvorschlages
- beschlossen.

In der Sitzung am 28.10.10 hat der Integrationsrat Änderungsvorschläge zu

- zu Kapitel 4.2, 5.1, 5.3.1, 5.3.3, 5.4.9, 7. sowie
  - zu Kap. 7.1.2
- beschlossen.

### **Beschluss:**

#### A) Ersetzung des Beschlusstextes wie folgt

*(hierdurch wird der am 09.09.10 gefasste Beschluss des Integrationsrates zum Text des Beschlussvorschlages der Verwaltung ersetzt; Anmerkung Geschäftsführung Integrationsrat)*

„Der Rat der Stadt Köln nimmt das „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ als Arbeitsgrundlage für die strategische Zielausrichtung und Steuerungsgrundlage der Querschnittsaufgabe „Integration“ in Köln sowie die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen zustimmend zur Kenntnis.

Um dieses zu erreichen, beauftragt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung vorbehaltlich der aktuell und in den Folgejahren im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel.

1. verwaltungsintern auf der Grundlage vorhandener Ressourcen Arbeitsstrukturen zu schaffen, die die Planung und Umsetzung von notwendigen integrationsfördernden Maßnahmen, die erforderlichen Weiterentwicklungen des Konzeptes sowie der Kontrolle der Zielerreichungen sicherzustellen.  
Hierfür wird eine verwaltungsinterne Steuerungsgruppe, bestehend aus Vertretern des Interkulturellen Referates und je einem Verantwortlichen der Dezernate, eingerichtet werden.  
Darüber hinaus sollte der Sachverstand des Integrationsrates sowie externer Experten in den Steuerungsprozess einbezogen werden können.  
Die Verwaltung legt bis zum Beschluss des Rates im Dezember 2010 ein Konzept zur Zusammensetzung und den Arbeitsstrukturen dieser Steuerungsgruppe vor.  
Da der Integrationsrat maßgeblich auch am Umsetzungsprozess beteiligt wird, sind ihm Zwischenauswertungen und – ergebnisse sowie Fortschreibungsüberlegungen zeitnah mitzuteilen.
2. Das dem Integrationskonzept beigefügte Maßnahmenprogramm (ab S. 69), das erstmalig einen Überblick über viele Maßnahmen aus allen Bereichen der

Verwaltung konkret auflistet, muss dennoch überarbeitet werden. Obwohl enge inhaltliche Zusammenhänge bestehen, wird es verfahrensmäßig kurz- und mittelfristig vom Integrationskonzept abgekoppelt. Die Verwaltung sollte bei der Überarbeitung berücksichtigen, dass an alle wesentlichen Handlungsempfehlungen angeknüpft werden sollte, Prioritäten gesetzt werden, konkrete Schätzungen zu Kosten und Ressourcen erfolgen und die bisherige Trennung zwischen Maßnahmen der Verwaltung und Maßnahme der nicht-städtischen Träger aufgehoben wird. Die Überarbeitung sollte dann in Form eines Workshops, einer Beratungsveranstaltung oder ähnlichem rückgekoppelt werden mit Akteuren, die bereits an der Erstellung des Integrationskonzeptes mitgewirkt haben. Nach einer solchen erweiterten Beratung soll das Maßnahmenpaket im Sommer 2011 den Ausschüssen vorgelegt werden. Der Integrationsrat soll, wie unter Punkt 1 zur Beratungsfolge ausgeführt, beteiligt werden.

3. Das vorliegende Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft systematisch fortzuschreiben und unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnis regelmäßig zu aktualisieren.
4. in regelmäßigen Abständen – spätestens alle drei Jahre – zum Sachstand der Umsetzung und Weiterentwicklung des Konzeptes zu berichten.

Aus den vorliegenden Handlungsempfehlungen sowie aus dem später zu entwickelnden Maßnahmen werden von der Verwaltung Einzelvorlagen zur Beschlussfassung durch Fachausschüsse und Rat vorgelegt. Dabei werden konkrete Aussagen zu Finanzierungsmöglichkeiten oder zum Finanzierungsbedarf getroffen.

#### B) Änderungs-/Ergänzungsantrag zum Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft

1. Die in den vorberatenden Gremien gefassten Beschlüsse – bis auf den Kultur Ausschuss - zum Konzept werden bestätigt.
2. Der in den Handlungsempfehlungen wiederholt enthaltene Hinweis auf den Finanzierungsvorbehalt wird jeweils gestrichen.

Begründung:

Der Beschlusstext enthält bereits Aussagen zur Finanzierung.

3. Der ersten beiden Absätze des Konzeptes werden ersetzt durch nachfolgende Präambel:

#### Präambel

Das Kölner Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft bildet die zentrale Leitlinie für kommunale Integrationsarbeit der nächsten Jahre. Es geht von dem Grundsatz aus, dass nur eine integrierte und für Veränderung offene Stadtgesellschaft erfolgreich und für alle gewinnbringend die Herausforderungen der globalisierten Zukunft bewältigen kann.

Eng angelehnt an den Ratsbeschluss im Dezember 2006 wurden in 23 Arbeitsgruppen Handlungsempfehlungen formuliert, die die gleichberechtigte Teilhabe von Kölnerinnen und Kölnern mit Zuwanderungsgeschichte, die Chancengleichheit, den öffentlichen Diskurs und die vorhandenen Potenziale fördern sollen. Bei der Umsetzung der Handlungsempfehlungen sollen die nachfolgend aufgeführten Grundsätze deshalb besonders beachtet werden:

- Integrationsfördernde Maßnahmen berücksichtigen im Sinne des Inklusions- und Genderansatzes, dass Verschiedenheit der Normalfall ist. Jeder einzelne

Mensch soll in seiner Besonderheit akzeptiert und seine Potenziale einbringen können.

- Der Blick ist dafür zu öffnen, dass Verschiedenheit ein Gewinn für die Gemeinschaft ist. Alle Maßnahmen sind deshalb so anzupassen, dass sie den unterschiedlichsten Anforderungen einer vielfältigen Stadtgesellschaft gerecht werden.
  - Integration im Sinne gleichberechtigter Teilhabe an allen Lebensbereichen erfordert die gemeinsame Auseinandersetzung der Stadtgesellschaft mit den Chancen, Herausforderungen und Problemen, die mit Zuwanderung verbunden sind.
4. Der Punkt „Steuerung“ des Konzeptes wird gestrichen und eine Überarbeitung des Kapitels durch die Verwaltung zur Ratssitzung am 14.12.10 vorgelegt.  
*(hierbei ist der Beschluss des Integrationsrates vom 28.10. zu Kapitel 7 und zu 7.1.2 weiter zu beachten; Anmerkung Geschäftsführung des Integrationsrates)*

C) Ergänzung der 1. Handlungsempfehlung auf Seite 39 des Konzeptes wie folgt:

„Die Stadt Köln lädt Migrantenselbstorganisationen und Jugendverbände von Migrantenselbstorganisationen verstärkt zur Mitarbeit bei Runden Tischen und im Rahmen von Sozialraum- und Stadtteilkonferenzen ein“.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig ohne Gegenstimme und Enthaltung angenommen.

#### **Konzept zur Stärkung der Integrativen Stadtgesellschaft AN/2270/2010**

#### **7.2 Teilzeit-Qualifizierungsprojekt für Alleinerziehende und Projekt "Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund" 3789/2010**

RM Frau Mucuk lobt die Verwaltung für die in der Vorlage beschriebenen Aktivitäten. Sie weist auf den Anstieg der Quote von Auszubildenden mit Migrationshintergrund von 3 % im Jahr 2004 auf 29% im Jahr 2010 hin. Dieser Umstand sei auch das Verdienst des Gremiums ‚Integrationsrat‘.

Die Mitglieder des Integrationsrates nehmen die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

#### **7.3 Köln - Stadt der Vielfalt Sachstandsbericht und Vorgehensvorschlag zur Erarbeitung eines städtischen Diversity-Konzeptes 3130/2010**

Der Vorsitzende Herr Keltek begrüßt das vorliegende Konzept ausdrücklich.  
RM Herr Jung äußert sich erstaunt darüber, dass der ursprüngliche Titel ‚Köln - Stadt der Vielfalt‘ um die Bezeichnung ‚städtisches Diversity – Konzept‘ erweitert wurde.  
RM Frau Schmerbach merkt an, dass eine künftige Zusammenführung der beiden Konzepte ‚Köln – Stadt der Vielfalt‘ und ‚Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ als sinnvoll erachtet werden würde.

### **Beschluss:**

Der Integrationsrat nimmt den vorliegenden Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis und erklärt sich mit der geplanten weiteren Vorgehensweise zur Erstellung eines Diversity-Konzepts für die Stadt Köln einverstanden.

Die weitere Entwicklung des Diversity-Konzeptes soll haushaltsneutral erfolgen. Zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen müssen für die Erarbeitung nicht bereit gestellt werden, da die weiteren Maßnahmen von den beteiligten Dienststellen im Rahmen der bestehenden Aufgaben durchgeführt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen ohne Gegenstimme und Enthaltung

### **7.4 Verteilung der Mittel zur Förderung von Interkulturellen Zentren für das Jahr 2010 4916/2010**

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die Sondersitzung am 13.12.2010 vertagt.

### **8 Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 25 der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

Die Öffentlichkeit soll über die Verabschiedung des ‚Konzeptes zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft‘ informiert werden.

### **9 Mündliche Anfragen gemäß § 4 (2) der Geschäftsordnung des Integrationsrates**

RM Herr Helling fragt bezüglich der Vorlage des Beschlusses des Integrationsrates zu Integrationskursen im Rat nach. Die Verwaltung Herr Vetter teilt mit, dass die Vorlage des Beschlusses für die Ratssitzung am 14.12.10 sicher gestellt sei.

#### Persönliche Erklärung eines Mitgliedes des Integrationsrates:

RM Herr van Benthem gibt eine persönliche Erklärung zu einem Vorfall in der letzten Sitzung des Integrationsrates am 08.11.10 ab.

Herr van Benthem berichtet, dass nach der Sitzung von Seiten eines Mitgliedes des Integrationsrates berichtet worden sei, dass er (Herr van Benthem) vom RM Herr Uckermann bei dessen Verlassen der Sitzung, als ‚Stinkender Holländer‘ titulierte worden sei. Nach Rücksprache des Vorsitzenden Herrn Keltek mit dem Amt des Oberbürgermeisters sei die einzige Sanktionsmaßnahme eine persönliche Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Herr van Benthem erklärt, dass ihm dies ‚dieser Mann nicht wert‘ sei.

Gezeichnet:

Tayfun Keltek  
Vorsitzender

Andreas Vetter  
Geschäftsführung